

**Deputation für Bildung**  
(staatlich)  
**Sitzungsprotokoll der 33. Sitzung**

16. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 2003 - 2007

Sitzungstag	Sitzungsbeginn	Sitzungsende	Sitzungsort
<b>08. Februar 2007</b>	<b>10.15 Uhr</b>	<b>11.15 Uhr</b>	Rembertiring 8-12, 28195 Bremen

**Teilnehmer/innen:**

siehe anliegende Anwesenheitsliste

**Tagesordnung:**

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
TOP 2	Genehmigung des Protokolls vom 21. Dezember 2006	
TOP 3	Verschiedenes	
TOP 4	Ganztagsschulverordnung	Vorlage L 243a
TOP 5	Versetzungsordnung; hier: Versetzung in der Jahrgangsstufe 7 der Sekundarschule	Vorlage L 244
TOP 6	Sachstandsbericht zur Planung und Umsetzung der Sekundarschule mit dem Abschlussprofil Berufsbildungsreife	Vorlage L 245
TOP 7	Verordnung über die Einstufung der Schülerinnen und Schüler der Sekundarschule in die Schwerpunkte zur Erlangung der Berufsbildungsreife und zur Erlangung des Mittleren Abschlusses	Vorlage L 246
TOP 8	Ergebnisse VERA 2006: Bremen	Vorlage L 247

**TOP 1    Genehmigung der Tagesordnung**

---

Die Tagesordnung wird ohne Änderung genehmigt.

**TOP 2    Genehmigung des Protokolls vom 21. Dezember 2006**

---

Das Protokoll vom 21. Dezember 2006 wird ohne Änderung beschlossen.

**TOP 3    Verschiedenes**

---

1. Frau Böschen regt an, in den **Fragebogen der Verfügung 12/2007** (Anmeldeverfahren an den berufsvorbereitenden Berufsfachschulen) die bereits durchlaufenen Maßnahmen aufzunehmen. Staatsrat Dr. Wewer sagt zu, diese Anregung aufzunehmen.
2. Frau Böschen fragt nach dem aktuellen Umsetzungsstand zum **Rauchverbot in der Behörde**. Sie bemängelt den aus der Verfügung 73/2006 resultierenden erheblichen bürokratischen Mehraufwand. Staatsrat Dr. Wewer erwidert, dass nach langen Beratungen mit dem Personalrat die Rauchfreiheit in der Behörde voraussichtlich zum 15. Februar 2007 umgesetzt werden soll. Er erläutert, dass die Verfügung 73/2006 in enger Zusammen-

menarbeit mit den Schulleitungen erstellt wurde und als Hilfestellung für die Schulen gedacht ist. Grundsätzlich vertritt er die Auffassung, dass eine pragmatische Handhabung der Vorgaben angebracht ist, da es illusorisch wäre, anzunehmen, durch ein Rauchverbot alle Schülerinnen und Schüler gänzlich vom Rauchen abzuhalten.

3. Herr Rohmeyer bittet um eine **Darstellung zu den neugestalteten Zeugnissen** für die 4. Klassen.
4. Herr Rohmeyer bittet um eine Erläuterung, warum die **Differenzierung nach schriftlicher und mündlicher Leistung**, die in einigen Fächern üblich war, in allen neuen Zeugnissen nicht mehr vorgenommen wird.

Senator Lemke sagt eine Beantwortung der Fragen zur nächsten Sitzung zu.

---

**TOP 4 Ganztagschulverordnung**

**Vorlage L 243a**

Frau Hövelmann bedauert den Bestandsschutz der offenen Ganztagschulen in Bremerhaven. Herr Eckert (PR-Schulen) kritisiert, die von der Feriendeputation ohne Beteiligung des Personalrates getroffene Entscheidung insbesondere da nach Auffassung des Personalrats eine Festlegung der Rahmenbedingungen fehlt. Frau Kuhmann (ZEB) bemängelt das Fehlen von Qualitätsmerkmalen. Die Elternschaft möchte wissen, was von und in der Ganztagschule zu erwarten ist. Herr Rohmeyer findet diese Anregung gut, weist zugleich aber darauf hin, dass die Entscheidung aufgrund eines gerichtlichen Verfahrens schnell erfolgen musste. Er betont, dass der Feriendeputation die Stellungnahme des Personalrats bekannt war. Die Anregung des ZEB sollte in einem der nächsten Arbeitsschritte aufgenommen werden. Herr Kaschner betont, dass im Beteiligungsverfahren auch die Verbände über den Zeitdruck informiert waren. Frau Kuhmann (ZEB) spricht sich für eine Übergangslösung aus und betont, dass es nicht Interesse des ZEBs sei, irgendein Kind zu etwas zu zwingen. Aus diesem Grund regt sie die Streichung des 2. Halbsatzes unter Punkt 3 in der Vorlage L 243 an. Herr Willmann fragt, wie lange der Bestandsschutz für Bremerhaven noch erhalten bleiben soll. Herr Porwoll erwidert, dass ein Übergang stattfindet, bis dies finanziell umsetzbar sei. Herr Eckert (Personalrat Schulen) fragt, wo die Ausstattung der Ganztagschule festgelegt ist. Frau Stahmann erwidert, dass diese Festlegung im Rahmen der Haushaltsberatungen getroffen werde.

**Beschluss**

Die staatliche Deputation für Bildung nimmt die Deputationsvorlage L 243 zur Kenntnis.

---

**TOP 5 Versetzungsordnung**

**Vorlage L 244**

**Hier: Versetzung in der Jahrgangsstufe 7 der Sekundarschule**

Frau Lichtenberg (PR-Schulen) findet die Vorlage grundsätzlich positiv. Wenn jedoch das Sitzenbleiben ausgeschlossen wird, ohne dass eine zusätzliche Förderung der schwachen Schülerinnen und Schüler erfolgt, dann führe dies zu einem Absinken des generellen Leistungsniveaus. Herr Willmann findet grundsätzlich den Ausschluss der Möglichkeit des „Sitzenbleibens“ positiv, auch er vermisst einen Hinweis auf erforderliche Individualförderung. Herr Rohmeyer entgegnet, dass die Vorlage den rein technischen Vorgang der Versetzung regelt, Vorkehrungen zur Förderung der Schülerinnen und Schüler werden an anderen Stellen geregelt. Frau von Ilseman findet, dass die Stellungnahme des Personalrates einer Bankrotterklärung von Schule gleichkomme. Für alle Schulen, insbesondere jedoch für die Sekundarschule, gilt, dass die Berücksichtigung von Heterogenität mit entsprechender Förderung einer der zentralen Aspekte von Schule ist. Sie weist darauf hin, dass das freiwillige Wiederholen von Klassen natürlich weiterhin möglich ist.

**Beschluss**

Die Deputation für Bildung stimmt der Änderung der Versetzungsordnung gemäß Anlage 1 zu.

## **TOP 6 Sachstandsbericht zur Planung und Umsetzung der Sekun- Vorlage L 245 darschule mit dem Abschlussprofil Berufsbildungsreife**

---

Frau Kauertz findet die Vorlage grundsätzlich positiv. Das Profil A könnte ihrer Ansicht nach durch die Praxistage in der Umsetzung problematisch werden. Eventuell könnte hier ein Blockmodell angebracht sein. Sie fragt, ob überhaupt eine ausreichende Anzahl von Praktikumbetrieben gefunden werden kann. Herr Rohmeyer betont, dass der Schwerpunkt dieses Abschlussprofils auf der Erlangung sowohl der Berufsorientierung als auch der Berufsbildungsreife liegt. Praktika sollten nach Auffassung der CDU-Fraktion an bis zu 2 Tagen vorgesehen werden, allerdings müsse es auch möglich sein, diese zu Blöcken zusammen zu fassen. Das vorliegende Papier vermittelt einen Überblick über den aktuellen Planungsstand und stellt noch nicht die abschließende Beschlussvorlage dar. Konkretisierungen sollten dann in der nächsten Beratung vorgenommen werden. Herr Willmann fragt, wie die Vergleichbarkeit von Bremerhaven und Bremen hinsichtlich der Abschlüsse gesichert werden soll. Er erbittet hierzu eine detaillierte Antwort aus Bremerhaven. Problematisch findet er, dass der berufsqualifizierende Abschluss den Erwerb eines mittleren Bildungsabschlusses erschwert. Frau Schmidtke findet den aufgezeigten Weg positiv. Sie ist unsicher, ob die Lehrerinnen und Lehrer auf LSV-Kinder ausreichend vorbereitet sind. Frau Kuhmann bemängelt die Regelung hinsichtlich der Praxistage und weist darauf hin, dass dem ZEB signalisiert wurde, dass einige Betriebe sich noch nicht bereit hierfür fühlen. Herr Feuser erläutert, dass dieses Modell in anderen Bundesländern bereits erfolgreich praktiziert werde, was auch durch Evaluationen bestätigt ist. Das Konzept werde weiter verfeinert und es werde versucht, die noch vorhandenen Probleme in Gesprächen abzubauen. Ein Beratungskonzept auch für Bremerhaven wird derzeit im LIS erarbeitet. Trotz der engen und guten Zusammenarbeit mit Bremerhaven soll Bremerhaven das Bremer Modell nicht einfach übergestülpt werden. Die Einwerbung von Praktikumsplätzen ist nicht immer einfach, aber Gespräche mit den Innungen, der Heimstiftung, der Universität und anderen haben gezeigt, dass es ausreichend Chancen gibt, die benötigten 4-500 Praktikumsplätze einzuwerben. Für die Lehrkräfte soll eine spezielle Fortbildung angeboten werden, auch sollen Schule und Praktikumsplatz inhaltlich verzahnt werden. Die Schülerinnen und Schüler mit einem sonderpädagogischen Förderbedarf werden als eine besondere Zielgruppe berücksichtigt, die Lehrkräfte werden hierauf ausreichend vorbereitet. Über die KMK-Standards ist die Vergleichbarkeit von Bremer und Bremerhavener Abschlüssen gewährleistet. Frau Bösch fragt, ob es auch in Bremerhaven Überlegungen über eine Einbeziehung der Berufsschulen gibt. Herr Porwoll erläutert, dass der Planungsstand im Prinzip gleich ist. In Bremerhaven sind die Rahmenbedingungen noch schwieriger als in Bremen, da z.B. der Anteil von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf höher ist. Dies macht eine intensive Zusammenarbeit mit den Betrieben, die Erarbeitung spezieller Projekte und weitere Maßnahmen nötig. Auch die Zusammenarbeit mit der Berufsschule bedarf noch weiterer Klärung. Frau Stahmann fragt, wie die Stundenzuweisung auch den Unterricht in den Kernfächern sichert und wieso die Profile Unterschiede bei der Stundenzuweisung aufweisen. Herr Feuser erklärt, dass die KMK-Vorgaben eingehalten werden. Es handelt sich um Kontingentsstundentafeln, über deren Ausgestaltung die Schulen im Rahmen der KMK-Vorgaben selber entscheiden können. Herr Dr. Wewer regt eine erneute Berichterstattung im August an. Herr Rohmeyer bittet um einen schriftlichen Bericht von Herrn Porwoll zum Bremerhavener Konzept als Anlage zum Protokoll.

### **Beschluss**

Die Deputation für Bildung nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis und stimmt dem weiteren Verfahren zu.

**TOP 7      Verordnung zur Einstufung der Schülerinnen und Schüler der Vorlage L 246  
Sekundarschule in die Schwerpunkte zur Erlangung der Be-  
rufsbildungsreife und zur Erlangung des Mittleren Schulab-  
schlusses**

---

**Beschluss (bei 2 Gegenstimmen von Bündnis 90/Die Grünen)**

Die Deputation für Bildung stimmt dem anliegenden Entwurf einer „Verordnung zur Einstufung der Schülerinnen und Schüler der Sekundarschule in die Schwerpunkte zur Erlangung der Berufsbildungsreife und zur Erlangung des Mittleren Schulabschlusses“ zu.

**TOP 8      Ergebnisse VERA 2006: Bremen**

**Vorlage L 247**

---

Frau Hövelmann weist darauf hin, dass die Verbesserung im Fach Deutsch bei den Bereichen Lesen und Schreiben nicht so deutlich wie erhofft ist. Dies ist vermutlich auch auf die deutliche Erhöhung des Aufgabenniveaus zurückzuführen. Die Hälfte aller Kinder kann nicht sinnentnehmend lesen. Dies ist nicht hinnehmbar, deshalb sollte dieser Bereich weiterhin besonders beachtet werden. Herr Crueger berichtet von Gerüchten, wonach einige Lehrkräfte die VERA-Ergebnisse als Grundlage für ihre Schulempfehlung nützen. Herrn Kirchhoff sind derartige Beschwerden bisher nicht zu Ohren gekommen. Dies ist in jedem Fall nicht zulässig und würde zu einem sofortigen Einschreiten der Schulaufsicht führen, wenn es bekannt wird. Frau von Ilsemann bittet, die Schulaufsicht ggf. zu informieren.

**Beschluss**

Die Deputation nimmt Kenntnis.